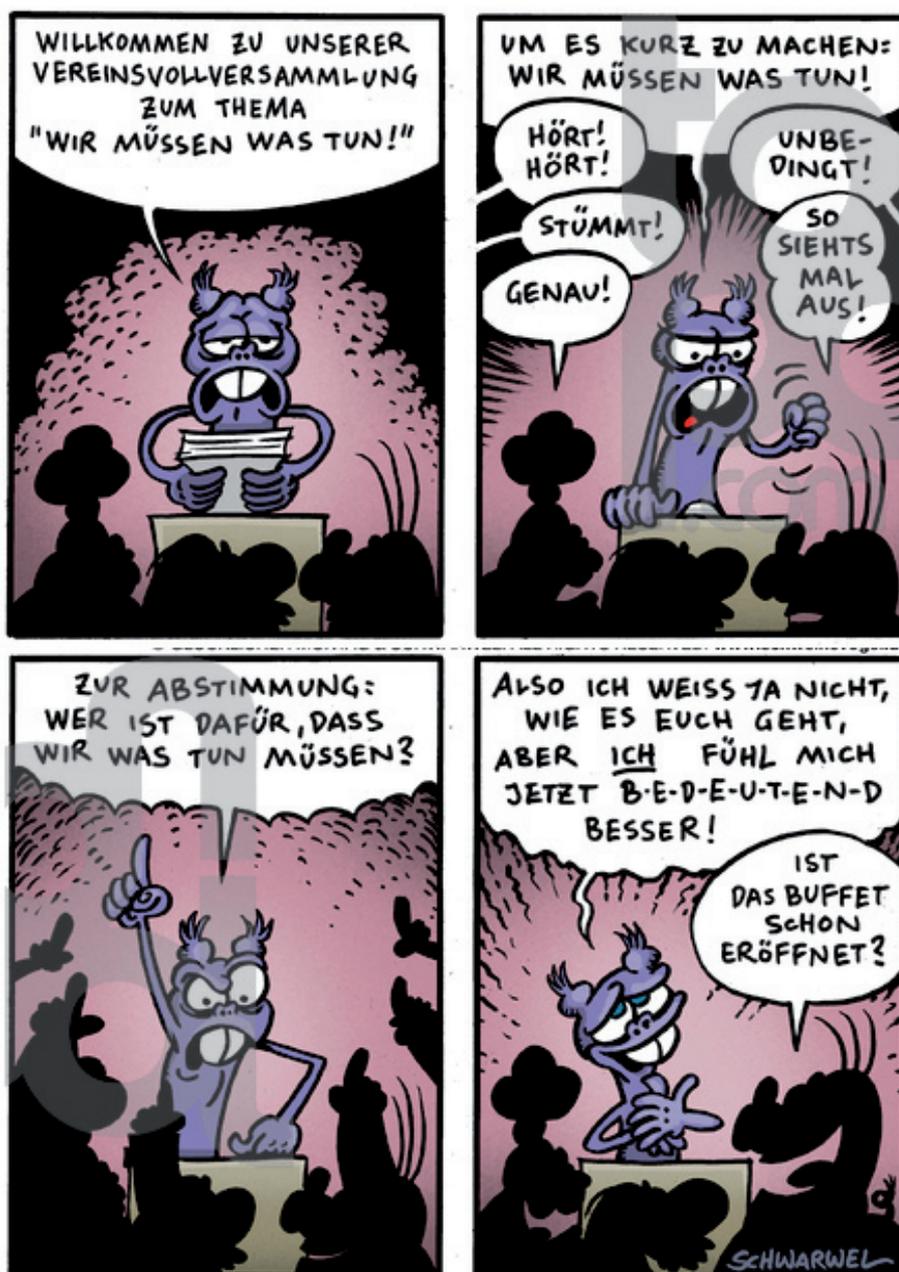


# Nicht nur irgendetwas tun!



## Stellungnahme der Internationalen Kommunist\_innen zur Aufspaltung des NAÖ-Prozesses



# Stellungnahme der Internationalen Kommunist\_innen zur Aufspaltung des NAO-Prozesses und seinem Scheitern in seiner bisherigen Zusammensetzung

## 1. Die ursprüngliche Idee der NAO

## 2. Einige Kritikpunkte am „Na endlich“-Papier

- a) Breite und Offenheit zum Reformismus
- b) Die Einheitsfront-Methode
- c) Unkritischer Umgang mit Demokratie
- d) „Die Magie der großen Zahl“
- e) Was für eine Organisation wollen wir?

## 3. Gründe für unsere Beteiligung am NAO-Prozess

## 4. Die weitere Entwicklung des NAO-Prozesses

## 5. Warum der NAO-Prozess in seiner jetzigen Form gescheitert ist

- a) Falsche Einschätzung der gesellschaftlichen Situation, gesellschaftlicher Kämpfe und des Bewusstseins der ausgebeuteten Klasse
- b) Organisation der Revolutionär\_innen oder klassenkämpferisches Bündnis?
- c) Demokratiefetisch
- d) Verhältnis zum Reformismus
- e) Ablehnung einer parlamentarischen Option
- f) revolutionärer Bruch – was heisst das?

## 6. Die weitere Perspektive eines kommunistischen Organisationsprojektes



### Impressum

*Nicht nur irgendetwas tun!* Stellungnahme der Internationalen Kommunist\_innen zur Aufspaltung des NAO-Prozesses  
 Selbstverlag: Berlin, 1. Auflage: 7. Dez. 2013; 2., korr. Auflage: 25. Jan. 2014  
 V.i.S.d.P.: Petra Müller, Oranienstraße 18, Berlin-Kreuzberg  
<http://interkomm.so36.net/>  
[inter.komm@gmx.de](mailto:inter.komm@gmx.de)

# 1. Die ursprüngliche Idee der NAO

Anfang 2011 eröffnete die Sozialistische Initiative Berlin-Schöneberg (inzwischen SIB – Sozialistische Initiative Berlin) mit ihrem „Na endlich“-Papier die Debatte um die Gründung einer „Neuen Antikapitalistischen Organisation“ (NAO).

Die SIB bemängelt in ihrem Papier die Zersplitterung und Handlungsunfähigkeit der revolutionären Linken in Deutschland und bezieht sich dabei u.a. auf ein von Avanti forciertes „neues kommunistisches Projekt“, welches „wir auf’s Schärfste begrüßen“ und sogar auch auf die historischen Erfahrungen der 3. Kommunistischen Internationale.

In dem Papier wird eine „ergebnisoffene und zielgerichtete Debatte“ angestrebt, mit dem Ziel, unterschiedliche Teile von „Marxismus und Autonomie, Links-Sozialisten/ Links-Kommunisten und Bewegungslinke“ auf Grundlage einer „Einigung in entscheidenden Fragen“ in einer zu gründenden „demokratisch-zentralistischen“<sup>1</sup> NAO gemeinsam zu organisieren. Eine Grundidee

<sup>1</sup> Aus dem „Na endlich“-Papier: „Eine Lanze brechen möchten wir für den Demokratischen Zentralismus [...]. Ehrlich gesagt, wissen wir gar nicht, wie eine revolutionäre Organisation anders als ‚demokratisch-zentralistisch‘ funktionieren soll [...]. Auch beim Thema ‚DemoZent‘ sollten wir von schon gemachten Erfahrungen lernen. ‚Demokratie ohne Zentralismus‘ führt zum Modell II. Internationale (oder zu so was wie der IL), ‚Zentralismus ohne Demokratie‘ führt zum Modell III. Internationale nach 1924.“

war es auch, dass Personen und Gruppen aus unterschiedlichen Spektren voneinander bzw. aus ihren Fehlern und Erfahrungen lernen könnten. Des Weiteren sollten „programmatische und strategische Leitplanken“ festgelegt werden.

Weiterhin wurden in dem Papier „5 unverhandelbare Punkte“ festgelegt:

1. Konzept des revolutionären Bruchs
2. Keine Mitverwaltung der kapitalistischen Krise
3. Klassenorientierung
4. Einheitsfront-Methode
5. (Eine gewisse) organisatorische Verbindlichkeit

Darüber hinaus setzt sich das Papier mit den rassistischen und sexistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen auseinander.

Außerdem wird festgestellt, dass der Kapitalismus nicht von alleine zusammenbricht, es wird keine verkürzte Kapitalismuskritik geübt und es wird sich nicht mit reaktionären und nationalistischen Bewegungen im Ausland solidarisiert, wie dies leider in den ideologisch von der Sozialdemokratie oder vom Stalinismus geprägten Gruppierungen häufig praktiziert wird.

Es folgten umfangreiche Diskussionen und Artikel u.a. auf der Seite der Online-Zeitung Trend – teils zustimmend, teils mit offener Ablehnung.

## 2. Einige Kritikpunkte am „Na endlich“-Papier

Wir hatten schon am Anfang – neben grundsätzlicher Zustimmung zu den Grundgedanken des „Na endlich“-Papiers – auch einige Kritikpunkte formuliert. Hier soll es lediglich um die wesentlichsten Punkte gehen.

### **a) Breite und Offenheit zum Reformismus**

Dem Wunsch nach Breite und Offenheit ist ein zu positiver Bezug auf reformistische Gruppierungen und Organisationen geschuldet. So werden die italienische Ri-

fondazione Comunista<sup>2</sup> und die deutsche Linkspartei<sup>3</sup> im „Na endlich“-Papier vor allem wegen taktischer Fehler innerhalb ihrer parlamentarischen Arbeit und nicht wegen ihres grundsätzlichen Charakters kritisiert.

Bei Syriza<sup>4</sup> und der der subjektiv revolutionären NPA<sup>5</sup> werden nur die Positionen bestimmter Flügel zur Wahl- bzw. Regierungs-Bündnisarbeit mit kritischem Unterton dargestellt, aber nicht die programmatischen Fehlpositionierungen (Syriza) und Unschärfen (NPA) der Gesamtparteien kritisiert.

<sup>2</sup> „Von Anfang an fehlte allerdings Klarheit über die Frage der Regierungsbeteiligung. RC war später an zwei Mitte-Links-Regierungen beteiligt, die in einem völligen Desaster für RC und die gesamte italienische Arbeiterbewegung endeten.“

<sup>3</sup> „die Ostverbände [...] wollen in die Regierung, beinahe um jeden Preis.“

<sup>4</sup> „Innerhalb von SYRIZA/SYNASPISMOS wird aktuell eine heftige Debatte geführt zwischen den – verkürzt gesagt – beiden Polen ‚Regierungsbildung mit PASOK‘ oder ‚Klassenunabhängigkeit/Klassenkampf‘.“

<sup>5</sup> „Allerdings ist das Verhältnis der NPA zur Parti de Gauche innerhalb der NPA umstritten, ein Flügel pocht auf die enge Zusammenarbeit.“

**Lenin:  
Niemand die Freiheit der Agitation und Propaganda vergessen!**



## b) Die Einheitsfront-Methode

In einem etwas verkürzten geschichtlichen Abriss wird die Einheitsfront-Methode aufgegriffen, ohne auf die damaligen geschichtlichen Auseinandersetzungen (Kritik von der kommunistischen Linken<sup>6</sup>) und auf die mit der Anwendung der Einheitsfront-Taktik verbundenen Gefahren einzugehen, auf die Lenin in den damaligen Diskussionen hingewiesen hat.<sup>7</sup>

So wird bei der falschen Anwendung der Einheitsfront-Methode in der Regel auf die eigenständige Propaganda- und Agitations-Freiheit verzichtet bzw. werden die eigenen Positionen zurechtgestutzt und es wird die taktische Zusammenarbeit für tagespolitische Ziele mit strategischen Optionen verwechselt.

## c) Unkritischer Umgang mit Demokratie

An einigen Stellen wird von „Rätedemokratie“ und „sozialistischer Demokratie“ geschrieben, um sich von autoritären Sozialismusmodellen oder der bürgerlichen Demokratie („die bürgerlichen Freiheiten mit sozialem Inhalt füllen“) abzugrenzen, ohne

<sup>6</sup> „Es handelt sich [bei unserer Auffassung, „dass die Bildung eines permanenten leitenden Organs aus den Vertretern der verschiedenen proletarischen Parteien im Widerspruch mit dem Prinzip der Taktik der Einheitsfront steht“] also keineswegs darum, aus der Zahl der Forderungen der Einheitsfront die politischen Fragen auszuschalten und nur wirtschaftliche zuzulassen, es handelt sich auch nicht darum ... vorübergehende Unterhandlungen selbst mit den schlimmsten Führern der Opportunisten abzulehnen... es handelt sich darum, für unsere Partei die volle Möglichkeit zu bewahren, während der Entwicklung der Einheitsfront auf allen Gebieten an der Einreihung der proletarischen Kräfte im eigenen Sinne weiterzuarbeiten. Wir behaupten, dass die Gefahr, die Einheitsfront zu einem kommunistischen Revisionismus degenerieren zu sehen, besteht, und um sie zu vermeiden, muss man sich innerhalb dieser Grenzen halten.“ (Bordigas Rede auf dem Vierten Weltkongress der Kommunistischen Internationalen: <http://www.sinistra.net/lib/bor/art/borkipvwkd.html>)

<sup>7</sup> „[Wir] behalten uns aber die vollste Freiheit der Agitation, Propaganda und politischen Tätigkeit vor. Ohne die letzte Bedingung darf man sich natürlich nicht auf einen Block einlassen, denn das wäre Verat.“: Der „Linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus (1920), LW, Bd.31, S. 73.

jedoch auf das Alltagsbewusstsein der Massen und die Durchsetzbarkeit grundlegender sozialer und politischer Veränderungen einzugehen. Fälschlicherweise wird hier auf demokratische Mehrheiten vertraut, statt auf soziale und politische Kräfteverhältnisse, mit denen bisher stets solche Veränderungen einhergingen, oder um mit Friedrich Engels zu sprechen: „Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt; sie ist der Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teil seinen Willen vermittelt Gewehren, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritärsten Mitteln aufzwingt“.<sup>8</sup>

An einer anderen Stelle wird dem „demokratischen Zentralismus“ ein ganzes Kapitel gewidmet, auch mit dem Verweis auf die zweite und dritte kommunistische Internationale. Hier wird es versäumt zu analysieren, dass demokratische Mechanismen nicht verhinderten, dass Sozialdemokratie und Stalinismus revolutionärer Kräfte ausschlossen, die Parteien für reformistische Kräfte geöffnet, damit die Mehrheitsverhältnisse umgedreht und somit letztlich kritische Debatten und Auseinandersetzungen unterdrückt haben – mit demokratischer Legitimation. Die Folgen hiervon waren u.a. die

<sup>8</sup> Friedrich Engels in: Von der Autorität, MEW, Bd. 18, S. 308

Zustimmung der SPD zum 1. Weltkrieg und die Durchsetzung der stalinistischen „Realpolitik“ unter demokratischem Ausschluss aller revolutionären Kräfte.

#### d) „Die Magie der großen Zahl“

„D.h. ein Start mit z.B. 600 Leuten wäre kein wirklicher Schritt vorwärts im Vergleich zum Bestehenden, denn es gibt so was wie die ‚Magie der (großen) Zahlen‘. 1000 ernsthaft Interessierte / Beteiligte bis Mitte / Ende diesen Jahres sind ein anspruchsvolles, aber realistisches Ziel.“

Dieses Zitat spricht für sich. Für uns war dieses Ziel von Anfang an unrealistisch.

#### e) Was für eine Organisation wollen wir?

Was unserer Meinung nach außerdem unklar blieb, war die Frage, welche Art von Organisation wir überhaupt aufbauen wollen und zu welchem Zweck wir uns organisieren müssen. Dies hatten wir damals in unserer ersten Stellungnahme zur NAO-Diskussion bereits kritisiert und eine Organisation um der Organisation willen – einzig und alleine als Effizienz steigernde Maßnahme bei der Initiierung von Sozialprotesten – abgelehnt (Widerspruch zwischen ökonomischer oder politischer Organisation – vgl. Lenin: „Was tun“). Unser Ziel ist ganz klar der Aufbau einer kommunistischen Organisation (siehe nächster Punkt).

## 3. Gründe für unsere Beteiligung am NAO-Prozess

Nach intensiver interner Diskussion entschieden wir uns Ende 2011 trotz der aufgeführten Kritikpunkte dafür, uns an der NAO-Diskussion zu beteiligen und schrieben 2011/2012 unseren ersten Beitrag zur Debatte: „Kommunistische Organisationsdebatte? Na endlich!“.

Im Vordergrund standen dabei für uns nicht die genannten Kritikpunkte, sondern die suggerierte Offenheit und Diskussionsbe-

reitschaft sowie die positive Umgangsweise miteinander, die wir sehr begrüßt haben. Unsere Kritikpunkte haben wir von Anfang an eingebracht, wenn auch nicht klar genug, wie wir heute selbstkritisch reflektieren müssen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass es notwendig ist, eine revolutionäre/kommunistische Organisation aufzubauen, um revolutionäre theoretische Grundlagen zu

entwickeln, (theoretisch wie praktisch) an die historischen Erfahrungen der kommunistischen Bewegung anzuknüpfen und vom historischen Scheitern von Sozialdemokratie und Stalinismus, aber auch aus eigenen Fehlern zu lernen. Nur so kann eine revolutionäre Kritik an den bestehenden Verhältnissen und eine konkrete kommunistische Politik entwickelt werden, die nicht die Fehler wiederholt, z.B. nationalistischen und anderen bürgerlichen Bewegungen oder Strömungen hinterher zu laufen oder eine Nachtrabpolitik zu praktizieren.

Die Entwicklung theoretischer Positionen erfolgt nicht im luftleeren Raum, sondern findet in einem dialektischen Verhältnis bei der Beteiligung an konkreten sozialen Kämpfen und bei der Auswertung realer Erfahrungen statt. Soziale Kämpfe müssen unterstützt, zusammengefasst und zugespitzt und eine kommunistische Perspektive sichtbar gemacht werden.

Der Massenaufstand, die revolutionäre Erhebung und die Überwindung der bestehenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse findet nicht spontan und selbstorganisiert – sondern als bewusster gesellschaftlicher Akt statt. Dieses Bewusstsein, der unbedingte Wille, nicht kapitalistisches Elend zu verwalten, nicht eine demokratische Selbstverwaltung von Fabriken, Staat usw. unter sozialistischem Deckmantel innerhalb bürgerlicher Verhältnisse zu praktizieren, sondern alle ökonomischen und politischen Schranken der bürgerlichen Gesellschaft zu durchbrechen und zu zerschlagen, kann nur von einer kommunistischen Organisation entwickelt und ausgedrückt werden – und in den sozialen Auseinandersetzungen einer großen Masse der lohnabhängigen Bevölkerung vermittelt werden. Nicht zu vergessen, dass staatliche, bürgerliche und offen reaktionäre Organisationen stets versuchen werden, progressive Bewegungen sowie Aufstände zu instrumentalisieren, abzuwürgen oder mit offener Repression zu zerschlagen und wir ihnen nicht das Feld überlassen dürfen.

Es erscheint uns überflüssig – weil selbstverständlich – zu betonen, dass die gewaltigen Aufgaben, die in einer revolutionären

Situation vor uns liegen (vor und nach der Eroberung der politischen Macht), nicht einfach mal so eben mit gutem Willen erfüllt werden können, sondern nur durch eine theoretisch gefestigte wie praktisch erfahrene Organisation.

Hierzu ist eine Organisationsdebatte notwendig und wir sind prinzipiell bereit, diese mit allen Personen und Gruppierungen zu führen, die ein ernsthaftes Interesse daran haben.

Mit dem NAO-Prozess war es aufgrund der Offenheit und Diskussionsbereitschaft möglich, eine solche Debatte anzustoßen sowohl intern als auch darüber hinaus in einer gewissen linken Öffentlichkeit – trotz unterschiedlicher politischer Vorstellungen. Zum damaligen Zeitpunkt war mit der SIB, die über unterschiedliche Fraktionen verfügte, der SOKO, scharf links, der RSO, dem RSB, trend online, unserer Gruppe und später der GAM, paeris und IBT eine gewisse Breite des linksradikalen Spektrums vertreten – mit der Hoffnung, dass sich noch weitere Gruppen an der Diskussion beteiligen könnten.

Auch wenn das Ziel des Organisationsaufbaus von Anfang an eine gewagte Herausforderung darstellte, war es für uns bereits ein Erfolg, dass sich überhaupt eine gewisse Anzahl politischer Gruppierungen für einen kommunistischen Organisationsprozess zu interessieren schien und dies außerdem von außen beobachtet und diskutiert wurde. Uns als Gruppe haben die Diskussionen und Auseinandersetzungen ebenfalls weitergebracht, da sie einerseits Probleme und Grenzen aufgezeigt haben und wir andererseits „gezwungen“ waren uns selber intensiv mit dieser Frage zu beschäftigen. Diese Auseinandersetzungen, die Hoffnungen, es könnte eine inhaltliche Klärung stattfinden und es könnte tatsächlich mehr als ein loser Zusammenschluss entstehen, wenn auch keine „kommunistische Kaderpartei“, waren die Gründe, weshalb wir uns an dem Prozess beteiligt haben.



## 4. Die weitere Entwicklung des NAO-Prozesses

Als wir zu Beginn zum NAO-Prozess hinzugestoßen sind, gab es eine Verständigungsdebatte über die gemeinsamen Inhalte und die künftige Ausrichtung des NAO-Prozesses, auf deren Grundlage wir gemeinsam politisch zusammenarbeiten wollten und über die Art und Weise, wie wir gemeinsam wahrnehmbar in die Öffentlichkeit treten könnten. Das „Na endlich“-Papier war zwar als Einstieg in die Diskussion geeignet, stellte sich jedoch schnell als zu allgemein und unzureichend heraus.

So wurde zum einen eine Diskussion über die „Essentials“ (eine Sammlung gemeinsamer theoretischer Grundlagen und Widersprüche) initiiert, zum anderen gab es die Idee, regelmäßig in den verschiedenen Städten öffentliche Treffen unter dem Titel „Plena der subjektiven RevolutionärInnen“ zu organisieren. Im weiteren Verlauf fand 2012 eine NAO-Sommerdebatte statt, auf der mit unterschiedlichen Workshops über grundlegende Fragen des NAO-Prozesses gemeinsam diskutiert wurden. Zu den genannten Plena wurde nicht eingeladen. Auch (andere) öffentliche Veranstaltungen des (bzw. zum) NAO-Prozess fanden im Jahr 2012/13 kaum statt. Innerhalb der Berliner und Potsdamer Gruppen wurde aber beschlossen, sich in regelmäßigen Abständen zusätzlich zum bundesweiten NAO-Prozess zu treffen, um den Prozess vor Ort theoretisch und praktisch voranzutreiben. Daraus entstanden die Ideen, sich gemeinsam an Aktionen und Demonstrationen zu beteiligen und ab 2013 monatlich so genannte Jours Fixes zu organisieren. Es gab unter anderem folgende gemeinsame Aktivitäten:

- M31 2012 in Frankfurt/Main
- Blockupy 2012 in Frankfurt/Main
- UmFAIRteilungs-Demo 2012 in Berlin
- 14. November 2012: Europaweiter Generalstreik, Demo in Berlin
- Januar 2013: Gemeinsame Intervention auf der LLL-Demo in Berlin mit Diskussionsveranstaltung unter dem Motto „Mit Stalin und Noske an Karl Liebknecht und Rosa Lu-

xemburg (ge)denken?“ und Beteiligung an der Demonstration unter der Parole „Weder Noske noch Stalin“<sup>9</sup>

- kleinere Solikundgebungen zur EU-Krise in Berlin
- 1. Mai 2013 in Berlin
- Insgesamt 4 Jours Fixes von Januar bis April 2013, u.a. – in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung – zu den März-Kämpfen 1919.

Im Laufe des Jahres 2012 entstand bei den NAO-Gruppen zudem das Bedürfnis, eine Art öffentliches Grundsatzpapier zu verabschieden, um zu zeigen, wo der NAO-Prozess steht, und um eine positive Ausstrahlung nach außen zu erreichen, das so genannte „Manifest“.

In den Jahren 2012/2013 kamen mit GAM und deren Jugendorganisation „Revolution“, isl, paeris und IBT weitere Gruppen zum NAO-Prozess hinzu, während sich SOKO, „scharf links“, RSO und die Onlinezeitung trend aufgrund mangelnder Kapazitäten, geringem Interesse und nicht vorhandener Diskussionsbereitschaft zunehmend aus dem Prozess zurückzogen.

Die Sommerdebatte 2012 wurde zu unserem Bedauern nicht inhaltlich ausgewertet oder fortgeführt. Anfang 2013 führte die Auseinandersetzung mit den „Manifest“-Entwürfen innerhalb des NAO-Prozesses zu konstruktiven und später kontroversen Diskussionen, parallel hierzu liefen die „Essential“-Diskussionen weiter, sind jedoch in den darauf folgenden Monaten eingeschlafen. Die Jours Fixes waren anfangs interessant, haben aber nicht zu den gewünschten inhaltlichen Klärungen geführt und sind ebenfalls nicht weiter fortgeführt worden. Die gemeinsame Beteiligung an konkreten Demonstrationen oder Kundgebungen funktionierte zwar, lief unserer Einschätzung nach aber eher schleppend. Einige Grup-

<sup>9</sup> <http://www.nao-prozess.de/blog/weder-noske-noch-stalin-va-do-den-10-01-und-aufruf-von-nao-prozess-gruppen-zum-ii-gedenken/>

pen haben sich schwer getan, sich für „etwas Gemeinsames“ mit praktischem Engagement einzusetzen, bevor es keine „konkrete“ Organisation gibt.

Einen entscheidenden Wendepunkt bekam der NAO-Prozess unseres Erachtens mit den Manifest-Diskussionen sowie damit zusammenhängend mit weiteren internen Diskussionen über die gemeinsame praktische Arbeit, die politische Ausrichtung einer NAO und den Zeitplan einer Organisationsgründung. Das Manifest, welches anfangs als öffentliches Grundsatzpapier gedacht war, wurde von einem Teil der am NAO-Prozess beteiligten Gruppen als Gründungsdokument einer zu gründenden NAO umkonzeptionalisiert (SIB, GAM, Revolution).

Aus den theoretischen wie praktischen Schwächen des NAO-Prozesses zogen diese Gruppen den unserer Meinung nach falschen Schluss, dass mit einer schnellen Organisationsgründung zum Einen eine höhere Verbindlichkeit erreicht werden könnte und zum Anderen der Prozess nach außen wieder attraktiver werden könnte. Hierzu wurde mit teils haarsträubenden Argumenten ein hastig konzipierter Zeitplan festgelegt (bestimmte Gruppierungen und Einzelpersonen, die nur auf uns warten würden und sonst weglaufen würden).

Dem gegenüber hat sich in dieser Auseinandersetzung ein zweiter Flügel herauskristallisiert – mit unserer Gruppe, paeris, der IBT und der Mehrheit des RSB –, der die übereilte Organisationsgründung, das dem zu Grunde liegende Politikverständnis sowie einige weitere politische Differenzen in unterschiedlicher Art und Weise kritisiert und vor einem baldigen Auseinanderbrechen des Prozesses gewarnt hat.

Unserer Auffassung nach macht eine Organisationsgründung keinen Sinn, bevor keine Klärung in einigen grundlegenden Fragen stattgefunden und zumindest punktuell eine gemeinsame Praxis entwickelt worden ist. An einer tiefergreifenden inhaltlichen Auseinandersetzung mit den am NAO-Prozess beteiligten Gruppen verloren SIB, GAM und Revolution zusehends das Interesse, es

setzte sich dort „revolutionäre Ungeduld“ durch.

Der inhaltliche Klärungsprozess sowie die gemeinsame praktische Arbeit kam in Folge der grundsätzlichen politischen Differenzen zum Erliegen.

Dies betrifft auch die Positionierung zum Geschlechterverhältnis, über die bis zum Dezember 2012 relativ intensiv im NAO-Prozess diskutiert wurde. Wir hatten bereits am 3.10.11 – noch vor unserer offiziellen Beteiligung am NAO-Prozess, aber bereits im Hinblick auf diese – die Veranstaltung „Perspektiven feministischer Organisation nach dem Slutwalk“<sup>10</sup> organisiert. Die SIB hatte zuvor schon relativ ausführlich auf Kritik an den geschlechterpolitischen Ausführungen im „Na endlich“-Papier geantwortet.<sup>11</sup> Die Onlinezeitung „trend“ veranstaltete am 5. März 2012 ein Gespräch zwischen GenossInnen von RSO und RSB zum Thema „Keine Revolution ohne Dekonstruktion?!“. Wir hatten zwei Tage später einen Roten Abend zum Thema „Geschlecht & Krise“ veranstaltet, bei dem die Basisgruppe Antifa aus Bremen sowie die Sozialwissenschaftlerin Gabriele Winker referierten.<sup>12</sup> Letztere hielt auch den Eröffnungsvortrag bei der NAO-Sommer-Debatte 2012.<sup>13</sup> Im Dez. 2012 folgte ein Roter Abend zum Thema „Feministische Politik in revolutionären Zusammenhängen“.<sup>14</sup>

<sup>10</sup> Vgl. den Bericht: <http://arschhoch.blogspot.de/2011/10/06/veranstaltungsbericht-feministische-organisierung/>.

<sup>11</sup> <http://arschhoch.blogspot.de/2011/07/28/von-quietscheenten-liebesbeziehungen-und-fidelio-zum-stand-der-oekumenischen-initiative-aus-dem-ratskeller-schoeneberg/> (Abschnitt „Dekonstruktivistischer Marxismus?“ und die folgenden Abschnitte).

<sup>12</sup> <http://www.nao-prozess.de/blog/economy-is-a-gender-issue/>.

<sup>13</sup> <http://www.nao-prozess.de/blog/eroeffnungsplenum-kapitalismuskritik-aus-feministischer-perspektive-am-beispiel-der-care-oekonomie/>.

<sup>14</sup> <http://www.nao-prozess.de/blog/mi-5-12-20-berlin-feministische-politik-in-revolutionaeren-zusammenhaengen/> und <http://www.nao-prozess.de/blog/feministische-politik-in-revolutionaeren-zusammenhaengen/>.

Hinzukamen teils produktive, teils entgleisende Diskussionen zu dem Thema im blog zum NAO-Prozess. Derartige Entgleisungen wurde von der SIB um die Jahreswende 2012/13 zum Anlass genommen den blog insgesamt stark administrativ zu regulieren und ihm eine Startseite als Verlautbarungsorgan voranzustellen, was die online-Diskussion im NAO-Prozess – nicht nur in Sachen Geschlechterverhältnis – weitgehend zum Erlahmen brachte.

In der Manifest-Diskussion einigten sich SIB und GAM sehr schnell darauf, dass es im Manifest zwei unterschiedliche Abschnitte zum Geschlechterverhältnis geben soll: einer verfasst von der GAM; der andere

verfasst von Genossen der SIB und des RSB. Dadurch wurde eine kontroverse Debatte über dieses Thema im Rahmen der Manifest-Diskussion weitgehend umgangen. Auf Kritik an dem nebenwiderspruchstheoretischen Satz im Konsens-Teil des Manifestes, der die „Unterdrückung der Frauen“ als „alte[s] Erbe der Klassengesellschaften“ bezeichnet, wurde von den Manifest-Autoren nicht geantwortet.

Auffällig ist auch, dass SIB und GAM zu Themen, die ihnen wichtiger als das Geschlechterverhältnis sind, nicht bereit waren, ungeklärte bzw. widersprüchliche Positionen im Manifest nebeneinander stehen zu lassen.

## 5. Warum der NAO-Prozess in seiner jetzigen Form gescheitert ist

Anfangs war der NAO-Prozess als „ergebnisoffen“ mit dem Ziel des Aufbaus eines kommunistischen Projektes konzipiert worden. Daran anknüpfend hatten wir trotz aller Bedenken die Hoffnung, dass es mit den beteiligten Einzelpersonen und Gruppen möglich wäre, einen dringend notwendigen revolutionär-kommunistischen Organisationsprozess anzustoßen.

In den vertiefenden Diskussionen der vergangenen Monate über die in den Hintergrund geratenen „Essentials“ und insbesondere über den Entwurf sowie die Zielrichtung des „Manifestes“ und die daraus resultierenden Vorstellungen über den Charakter und den Zeitplan der zu gründenden Organisation haben sich jedoch mehr und mehr grundsätzliche politische Probleme herauskristallisiert. Deshalb ist der NAO-Prozess in seiner bisherigen Form unserer Einschätzung nach gescheitert.

Die inhaltlichen Differenzen sind für uns keine theoretisch-abstrakten Spitzfindigkeiten; in ihnen drücken sich grundsätzlich unterschiedliche Vorstellungen aus, was Analyse und Kritik der bestehenden Ausbeutungs-

und Unterdrückungsverhältnisse betrifft sowie die revolutionäre Organisation zur Überwindung derselbigen. Weiterhin haben die vorhandenen Differenzen unmittelbare Auswirkungen auf die Art und Weise, wie wir Alltagspolitik betreiben wollen (Frage der politischen Taktik), auf die Einschätzung der aktuellen Lage (die angeblich auf uns wartenden Massen) und welchen Sinn und Zweck und welchen Charakter die NAO haben soll.

### **Worin liegen die unüberbrückbaren inhaltlichen Differenzen?**

Für uns ist es sehr wichtig, eine Debatte über Sinn und Zweck sowie den Charakter einer kommunistischen Organisation zu führen. Diese Diskussion, die wir im Rahmen des NAO-Prozesses mit anderen Gruppen geführt haben, hat uns als Gruppe inhaltlich weitergebracht, da wir uns mit bestimmten Fragen und Problemen auseinandergesetzt haben. Da diese Diskussion nicht im luftleeren Raum, sondern in einer zumindest kleinen Öffentlichkeit stattfand, hat dies unserer Meinung nach nachhaltig die Phantasie und die Gedanken der an der Diskussion betei-

lichten und zuhörenden Personen und Gruppierungen nach vorne gebracht.

Einige der Differenzen sind, obwohl wir sie für problematisch halten, überbrückbar. Wir haben das innerhalb des NAO-Prozesses auch so diskutiert, dass in bestimmten Fragen auch unterschiedliche Positionen nebeneinander stehen können. Bei anderen Positionen wird dies schwierig bis unmöglich, z.B. Mitarbeit in der Linkspartei oder „nur“ „kritische“ Wahlunterstützung für die Linkspartei oder Ablehnung der positiven Bezugnahme auf Parlamentswahlen. Insbesondere, wenn es kontroverse Auffassungen über Sinn und Zweck sowie den grundsätzlichen Charakter der NAO gibt, macht ein gemeinsamer Organisationsprozess wenig Sinn.

Wir wollen an dieser Stelle einige der unserer Meinung nach wesentlichen Differenzen darlegen und gleichzeitig auch die Probleme aufzeigen, die mit bestimmten Positionen und Politikverständnissen verbunden sind.

### **a) Falsche Einschätzung der gesellschaftlichen Situation, gesellschaftlicher Kämpfe und des Bewusstseins der ausgebeuteten Klasse**

Hier ein paar kurze Zitate aus dem Manifest des übrig gebliebenen Teils des NAO-Prozesses, die exemplarisch für die Einschätzung der aktuellen Lage und das Politikverständnis von vor allem GAM und SIB in den bisherigen Diskussionen stehen.

*„20 Jahre nach dem vermeintlich endgültigen Sieg des ‚besten aller Gesellschaftssysteme‘ sind die LobrednerInnen der Marktwirtschaft, der kapitalistischen Globalisierung und der bürgerlichen Demokratie leiser geworden“ (S. 3). Gleichzeitig wird von einer „Krise...der Legitimation“ (S. 5) des Kapitalismus gesprochen.*

*„...denn dazu braucht es ein grundlegend anderes System von Produktion und Verteilung, welches ihnen ihre Macht und ihren Reichtum entziehen würde. Von alleine wird sich deshalb [an diesen Zuständen] gar nichts ändern. Immer mehr Menschen*

*erkennen das: Die Streikenden in Madrid und Lissabon, die Protestierenden in Athen und Rom und die Menschen, die im ‚Arabischen Frühling‘ ihre Potentaten gestürzt haben.“ (S. 3)*

Diese Sätze legen folgendes nahe:

1. Der Kapitalismus befände sich in einer tiefgreifenden und grundlegenden Legitimationskrise.
2. Die Protestierenden in Südeuropa und im arabischen Raum werden trotz völlig unterschiedlicher Forderungen und politischer Interessen in einen Topf geworfen. Sie hätten erkannt, dass wir eine andere Gesellschaftsordnung benötigen und gingen deshalb in revolutionärer Manier auf die Straße, um diese zu erkämpfen.

Es ist weder so, dass sich die bestehende Gesellschaft in einer besonderen Legitimationskrise befindet oder nun ein Großteil der ausgebeuteten Bevölkerung diese Verhältnisse auch nur in Frage stellen würde. Noch wollen die Menschen, die derzeit auf die Straße gehen, irgendetwas grundlegend an diesen Zuständen ändern. Sie wollen, wie in Südeuropa, das gerne bemüht wird, einen Job haben und hierfür eine einigermaßen „vernünftige“ Bezahlung bekommen. Die „Revolutionen“ im arabischen Raum sind keine homogenen, geschweige denn revolutionären Bewegungen. Hier handelt es sich um einen Machtkampf zwischen unterschiedlichen bürgerlichen Fraktionen der alten Regime und des moderneren und aufstrebenden oder des reaktionären Teils der nationalen Bourgeoisien, die als islamistisch, bürgerlich-demokratisch oder pro-westlich in Erscheinung treten und zwischen sozialen und politischen Interessen der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse einschließlich antipatriarchaler und antirassistischer Kämpfe.

Die Tatsache, dass ein Großteil der ausgebeuteten Klasse einschließlich der Frauen und Migrant\_innen den Kapitalismus gar nicht überwinden möchte, liegt nicht alleine an der ideologischen „Manipulation“ durch den Staatsapparat, seiner Institu-

tionen oder der politisch und ökonomisch vom bürgerlichen Regime<sup>15</sup> abhängigen Medien. Der bürgerliche Alltagsverstand reproduziert sich auch durch die Verhältnisse selber und dadurch, dass auch das Proletariat ein (unmittelbares) Interesse am Verkauf der eigenen Arbeitskraft hat und sich mit den bestehenden Verhältnissen arrangiert. Das erklärt im Übrigen auch, warum es nicht nur die „Gewerkschaftsführung“ oder reformistische Parteien sind, die die „Arbeiter\_innenklasse verraten“, sondern die Klasse bei dem Spiel auch selber mitspielt.<sup>16</sup>

Das bedeutet nicht, dass nicht einige der Kämpfe unterstützenswert und progressiv sind: Von einer tiefgreifenden Legitimationskrise des Kapitalismus oder dem Wunsch nach revolutionärer Veränderung kann aber beim besten Willen keine Rede sein! Vielmehr handelt es sich selbst beim progressiven Teil der Kämpfe lediglich um den Versuch, unmittelbare soziale Verbesserungen innerhalb der bestehenden Gesellschaft durchzusetzen.

Die Aufgabe von Kommunistinnen und Kommunisten besteht daher nicht darin, diesen Protesten hinterherzulaufen und sie zu hypen, sondern – soweit sie einen emanzipatorischen Charakter haben – sie zu unterstützen, sie zu analysieren und die Grenzen und Probleme aufzuzeigen, an welche sie unweigerlich stoßen werden bzw. bereits jetzt stoßen und kommunistische Positionen in sie hineinzutragen. In den südeuropäischen Ländern werden die Sparprogramme trotz abgefeierter Massenproteste

<sup>15</sup> Das bürgerliche Regime ist für uns nicht eine Regierung Merkel, Obama usw., sondern das Zusammenspiel bürgerlicher Herrschaft aus ökonomischen und politischen Interessen der kapitalistischen Klasse.

<sup>16</sup> „Wir glauben, dass das kapitalistische Herrschaftsverhältnis damit nicht zutreffend beschrieben ist, und das ist keine akademische Frage, sondern eine der sich daraus ergebenden Taktik. Wenn die Lohnabhängigen die kapitalistische Herrschaft nicht nur erdulden, sondern auch mittragen und gut heißen, dann muss man das erst mal als Verhalten denkender Subjekte zur Kenntnis nehmen.“ (aus einer Stellungnahme von paeris, die wir in diesem Punkt teilen).

bislang – bestenfalls abgemildert – durchgedrückt. In den Ländern des „arabischen Frühlings“ ändert sich an den realen Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung, der Frauen und der Migrant\_innen bislang ebenfalls wenig; die islamistische Gefahr droht sogar zu einer massiven Verschlechterung der realen Lebenssituation – insbesondere für proletarische Frauen – verglichen mit vor den „Revolutionen“ zu führen. Uns wurde in der Diskussion bereits Schwarzmalerei vorgeworfen, aber darum geht es uns nicht, sondern um eine **REALISTISCHE** Einschätzung der gegenwärtigen Lage und darum, dementsprechend Handlungsperspektiven aus kommunistischer Sicht zu entwickeln.

### **b) Organisation der Revolutionär\_innen oder klassenkämpferisches Bündnis?**

Die hier kritisierte politische Sichtweise hat Auswirkungen auf eine ganze Reihe weiterer politischer Fragen. Von zentraler Bedeutung ist wie bereits geschrieben die Frage, zu welchem Zweck wir eine NAO überhaupt gründen wollen.

Wir haben innerhalb des NAO-Prozesses über den besagten Manifest-Entwurf und der zugrunde liegenden Einschätzung der gesellschaftlichen Situation und gesellschaftlicher Kämpfe diskutiert – wir sowie einige andere Gruppen haben hierzu interne Stellungnahmen abgegeben. Unserer Meinung nach ist es ein Problem, dass einige Gruppen sehr schnell dabei sind, jeder Bewegung hinterherzulaufen und dort die neue „Avantgarde“ sehen. Wir sehen hier einen grundlegenden methodischen Fehler einiger trotzkistischer Genoss\_innen<sup>17</sup>.

<sup>17</sup> „Ihre [Die der IV. Internationale] verschiedenen Manöver, um die Massen in einer konterrevolutionären Periode ‚zu erobern‘ und die dadurch bedingte Nachtrabpolitik, ihre Suche nach immer neuen Massenavantgarden in allen möglichen Gesellschaftsschichten, ihre Entdeckung von immer neuen ‚degenerierten‘ Arbeiterstaaten im Schlepptau der zaudernsten nationalen Bourgeoisien der ‚dritten Welt‘, das alles bringt nachträglich eine zusätzliche Bestätigung dafür, dass - um mit Trotzki zu reden - die Wirklichkeit keinen theoretischen Fehler verzeiht“ (Über die Internationale Kommunistische Partei, [www.sinistra.net/els/sup/intkompard.html](http://www.sinistra.net/els/sup/intkompard.html)).

Es wird dem Proletariat (oder angeblich mit ihm verbündeten Kräfte, z.B. nationalen Bourgeoisien) ein Bewusstsein oder Interesse unterstellt, welches es im Normalfall gar nicht hat<sup>18</sup>. Demnach müssten nur soziale Proteste initiiert werden, damit unsere Klasse endlich ihre Ketten zerreißen und die soziale Revolution durchführen würde, unterstützt von der NAO.

Damit würde sich die NAO faktisch auf die Initiierung und Unterstützung einer möglichst breiten Protestbewegung, die aus sich heraus ein revolutionäres Bewusstsein entwickeln würde, beschränken. Wir haben dies in den bisherigen Diskussionen als eine Form von Arbeitertümelei<sup>19</sup> kritisiert. Die NAO würde somit im „Erfolgsfall“ lediglich Bewegung spielen und in der Bewegung bzw. im bürgerlichen Staat untergehen wie Sozialdemokratie, K-Gruppen und viele andere zuvor.

In den Diskussionen der letzten Monate wurde diese Sichtweise von Genoss\_innen aus SIB und GAM entschieden zurückgewiesen. Jedoch macht gerade der künstliche und zeitweise skurril begründete Zeitdruck (Kontakte zu Genoss\_innen, die uns die Türen einrennen würden, gerne bei uns mitmachen würden, ein hohes Interesse hätten usw.), mit dem nun die Gründung der NAO gefordert wird, eines deutlich: Einmal mehr wird die strategische Ausrichtung (In-

<sup>18</sup> „Wir haben gesagt, daß die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein gar nicht haben konnten. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse aus eigenen Kräften nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag“ (Was tun? (1902), LW, Bd.5, S. 385-386).

<sup>19</sup> Der Operaismus, die italienische autonomia operaia (Selbstverwaltung der Arbeiter), treibt diese spontaneistische Auffassung auf die Spitze, demnach nur die Selbstorganisation unserer Klasse gefördert werden müsse. In diesem Punkt sind besagte trotzkistische Gruppen, Anarchist\_innen und Rätekommunist\_innen ideologisch auf demselben Holzweg unterwegs. Der nächste Schritt ist dann, der Arbeiter\_innenklasse nach dem Mund zu reden und schließlich sich dem Diktat der Rätedemokratie, „dem Willen der Massen“ unterzuordnen statt „der entschiedenste, immer weitertreibende Teil“ (Marx/Engels: Kommunistisches Manifest) zu sein und die Massen revolutionär zu erziehen (Lenin).

halte und Charakter) einer revolutionären Organisation dem Druck tagespolitischer Ereignisse (Eurokrise, angeblich vorrevolutionäre Situation, nervös wartende Massen usw.) untergeordnet<sup>20</sup>. Für uns hat diese Vorgehensweise nichts mit revolutionärer Politik gemein, sondern sie ist Ausdruck von revolutionärer Ungeduld und endet in Bewegungstümelei.

Um es klar zu stellen: Wir sind gar nicht dagegen, gewerkschaftliche, klassenkämpferische und soziale Strukturen zu unterstützen und aufzubauen. Es ist sogar stets ein zentraler Bestandteil unserer politischen Arbeit (Hartz-IV-Proteste, Mayday, Klassenkampfblock etc.).

Nur macht es nach unserer Meinung keinen Sinn, das „kommunistische Projekt“ NAO zu einer breiten klassenkämpferischen Organisation umzuwidmen, einer Art „radikales Organizing“<sup>21</sup>. Es werden hier 2 Organisationsansätze miteinander vermischt, die unterschiedlicher Natur sind: politische und ökonomische Organisation.<sup>22</sup>

Diese beiden Punkte a) und b) haben dann auch bei einem Teil der am NAO-Prozess beteiligten Gruppen dazu geführt, dass nun unter großem Zeitdruck versucht wird, eine NAO als Organisation aus dem Bo-

<sup>20</sup> Wir müssen an dieser Stelle noch einmal auf unsere Kritik am „na endlich“-Papier am Anfang dieses Textes hinweisen, in dem dieser Fehler bereits angelegt war.

<sup>21</sup> Der Begriff Organizing kommt aus den Gewerkschaften und bezeichnet den Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen und die Unterstützung sozialer Kämpfe.

<sup>22</sup> Wie Lenin treffend über einen fiktiven Dialog zwischen zwei – einem revolutionären und einem reformistischen – Sozialdemokraten seiner Zeit (damals nannte sich auch Lenin selbst noch „Sozialdemokrat“) sagte: „Deckt sich für einen Sozialdemokraten der Begriff politischer Kampf mit dem Begriff ‚ökonomischer Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung‘, so ist natürlich zu erwarten, daß der Begriff ‚Organisation der Revolutionäre‘ sich für ihn mehr oder weniger mit dem Begriff ‚Organisation der Arbeiter‘ decken wird. Und das geschieht tatsächlich, so daß wir buchstäblich verschiedene Sprachen sprechen, wenn wir über Organisation reden.“ (Lenin: was tun).

den zu stampfen, um den wartenden Massen endlich etwas Vorzeigbares anbieten zu können; die inhaltlichen Widersprüche sollen hierbei unter den Teppich gekehrt werden. Wir lehnen diese Art von aktionistischer Bewegungspolitik entschieden ab und halten am Aufbau einer kommunistischen Organisation fest, die diesen Namen auch verdient!

Im Folgenden ein paar weitere Kritikpunkte, die wir im Rahmen der inhaltlichen Diskussion am Manifest gegenüber dem NAO-Schnellgründungs-Flügel vertreten:

### c) Demokratiefetisch

Im Manifest wird von Rätedemokratie und sozialistischer Demokratie geschrieben; schon dies finden wir falsch: Wie oben bereits gezeigt, ist eine Revolution keine demokratische Veranstaltung, wo „die Mehrheit“ entscheidet, sondern, wie Engels sagte, „das autoritärste Ding, das es gibt; sie ist der Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teil seinen Willen vermittelt. Gewehre, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritärsten Mitteln aufzwingt“<sup>23</sup>. Umso mehr lehnen wir eine positive Bezugnahme auf Demokratie schlechthin und ein Anbieten an die Rede von „authentischer“, „realer“ und „echter Demokratie“ entschieden ab. Es gibt nicht „die echte Demokratie“, sondern gegensätzliche Interpretationen des Wortes „Demokratie“, die immer an die Interessen konkreter gesellschaftlicher Gruppen (*class, race, gender*) gebunden sind. Statt der pauschalen und unkritischen Bezugnahme auf Demokratie schlechthin halten wir für notwendig, zu hinterfragen, wie Bewusstsein und Willensbildung zustande kommen.

Wir sehen hier vor allem 3 Probleme:

1. Das Bewusstsein der Mehrheit der Bevölkerung ist in der Regel bürgerlich

Die Wirkungsmächtigkeit der bürgerlichen Lebensrealität (Verkauf der Arbeitskraft gegen Lohn, Tauschen im Supermarkt usw.)

reproduziert das bürgerliche Bewusstsein auch der Ausgebeuteten und Beherrschten. Außerdem verfügt die herrschende Klasse mit ihren Institutionen (Staat, Medien, Meinungsinstitute) über die ideologischen Möglichkeiten, um die herrschenden Diskurse und Ideologien zu dominieren und zu verbreiten.

Das führt dazu, dass die große Mehrheit unserer Klasse im Normalfall immer Forderungen und Positionen vertritt, die sich im Rahmen der bestehenden Gesellschaft bewegen. Das Proletariat kämpft für die unmittelbaren Bedingungen seiner Existenz, für die Verbesserung seiner unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dabei ist es trotz seines grundsätzlichen Interessensgegensatzes zum Kapital in die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse eingebunden, da es abhängig vom Verkauf der Arbeitskraft und vom Funktionieren kapitalistischer Ökonomie ist.

Das Proletariat schafft sich seine eigenen ökonomischen wie politischen Organisationsformen, um unmittelbare Forderungen besser durchsetzen zu können: Gewerkschaften wie reformistische Organisationen und Parteien. Der Charakter des DGB ist deshalb nicht nur ein Problem der falschen Führung, sondern auch des Bewusstseins der Mehrheit seiner Mitglieder. Auch ist der „Verrat“ von ehemals revolutionären Massen-Organisationen ebenso wenig wie auch die Gründung von reformistischen Organisationen einfach nur ein Betriebsunfall, sondern auch logische Konsequenz des bürgerlichen Bewusstseins der Massen.

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche herrschende Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.“ (Marx in der deutschen Ideologie).

Die gesellschaftlichen Akteure sind spontan dazu bereit, das zu tun, was von ihnen erwartet wird (frei nach Bourdieu).

2. Sich vom Willen der Mehrheit abhängig zu machen, bedeutet, sich von bürgerlichen Vorstellungen abhängig zu machen

<sup>23</sup> Friedrich Engels in: Von der Autorität, MEW 18, Seite 308. Vgl. unsere Kritikpunkte am „na endlich!“-Papier am Anfang dieses Textes.

Für uns ist es eine politische Frage, dass die gesellschaftlichen Kräfte, die sich auf Grundlage von revolutionären Positionen organisiert haben und Politik machen, auch versuchen müssen, sich gesellschaftlich durchzusetzen. Dies wird nicht durch ein beim-Wort-nehmen von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ gelingen. Denn diese Vorstellung ist *keine* bürgerliche Lüge, sondern sie entspricht gerade dem freien und gleichen Warentausch. Genauso wenig ist bürgerliche Demokratie ein Verrat am demokratischen Prinzip.

Wohin ein unkritisches Verhältnis zu Demokratie führen kann, sehen wir an den Erfahrungen der deutschen Rätebewegung 1918/1919, die zum Teil nicht nur „verraten“ oder niedergemetzelt wurde, sondern auch ideologisch selber innerhalb der bestehenden Gesellschaft gefangen blieb (wir möchten an dieser Stelle an die Positionen der GAM erinnern, die uns nicht entgangen sind: „Solche Formen wie ‚Gewerkschaften‘, ‚Räte‘ oder ‚der Generalstreik‘ sind nicht an sich ‚revolutionär‘ oder nicht – dies hängt vielmehr immer von den Umständen ab durch die sie ein mehr oder weniger geeignetes Instrument für den Kampf um die Diktatur des Proletariats sind.“<sup>24</sup>)

Wir lehnen es daher ab, Demokratie zu einem unumstößlichen Prinzip zu erklären oder uns von der bürgerlichen Ideologie abhängig zu machen.

Stattdessen halten wir einen revolutionären Pluralismus in einer sozialistischen Übergangsgesellschaft nach dem Vorbild der frühen Pariser Kommune und der frühen Sowjetunion für notwendig.

3. Gesellschaftliche Veränderungen werden erfahrungsgemäß nicht von der Mehrheit durchgesetzt, sondern sind eine Frage von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen

Es entspricht schlichtweg nicht unseren historischen Erfahrungen, dass weitgehende oder gar revolutionäre Veränderungen

von einer Mehrheit durchgesetzt werden, sondern von einer Avantgarde (im positiven Sinne) gegen den Willen der Mehrheit. Beispiele gibt es genügend: Viele Errungenschaften der 68er, die durchaus progressiven Charakter haben, waren zu der damaligen Zeit nicht mehrheitsfähig. Aber es gab gesellschaftliche Kräfte, die die Macht hatten, diese durchzusetzen. Ebenso war es mit der Oktoberrevolution in Russland, oder mit einzelnen Errungenschaften der frühen Sowjetunion, die sehr progressiv waren (wie kollektive Erziehung und Nahrungsversorgung), aber damals „einfach so“ von der Bolschewiki durchgesetzt wurden.

Von daher ist die Revolution nicht eine Frage von Mehrheiten, sondern von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, und wir wären wirklich saublöd, wenn wir die Macht hätten, eine Revolution zu machen, aber das nicht machen würden oder vorher einen Volksentscheid machen würden oder sonst was!

#### **d) Verhältnis zum Reformismus**

Uns ist das Manifest viel zu positiv in Bezug auf Linkspartei und Rifondazione formuliert: Etwas mehr Mut zu Abgrenzung: die Linkspartei ist von ihrer Konzeption her eine reformistische Partei, deren Ziel Regierungsbeteiligung und Mitverwaltung ist. Die Tatsache, dass es innerhalb der Linkspartei auch einige „subjektive“ Revolutionär\_innen und ein paar mehr subjektive AntikapitalistInnen gibt, ändert nichts an ihrem grundsätzlichen Charakter.

Reformistische Politik stellt zwar einen Anknüpfungspunkt für revolutionäre Positionen dar, ist aber auch ein integratives Element, das Illusionen schürt und revolutionäre Kräfte bindet.

Das Scheitern der Rifondazione Comunista in Italien war nicht tragisch, sondern folgerichtig, aus vielerlei Hinsicht. Der Widerspruch, sich einerseits revolutionär zu geben, aber andererseits reformistische Politik im Rahmen des Kapitalismus zu machen, lässt sich nicht halten. Die Folge ist entweder die Aufgabe des revolutionären Anspruches oder das Auseinanderbrechen an den eigenen Widersprüchen.

<sup>24</sup> <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm31/syndikalismus.htm>

## e) Ablehnung einer parlamentarischen Option

Dies ist im Manifest nicht deutlich genug klargestellt.

Ein schrittweiser und friedlicher (meist parlamentarischer) Weg zum Sozialismus hat sich bisher immer als Desaster herausgestellt.

Hier erscheint es uns noch einmal wichtig, auf den Charakter des bürgerlichen Staates hinzuweisen: Der bürgerliche Staat ist zwar auch Repressionsapparat der herrschenden Klasse (Lenin), aber seine Funktion ist wesentlich komplexer. Der moderne Staat erscheint als eine neutrale Vermittlungsinstanz gegenüber seinen Staatsbürger\_innen. Kapitalismus zeichnet sich dadurch aus, dass es kein persönliches, sondern ein gesellschaftliches Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis ist, welches auf der rechtlichen Gleichbehandlung ungleicher Individuen aufbaut. Der praktische Zweck der rechtlichen Vermittlung des Staates besteht im ungehinderten Gang der kapitalistischen Produktion und Reproduktion (Paschukanis).

Die Aufgabe des Staates besteht also vereinfacht gesagt darin, die bestehenden Ausbeutungs- Unterdrückungs- und Eigentumsverhältnisse durch die Gleichbehandlung ungleicher Individuen, Vertragsfreiheit usw., durch die Gewährleistung von Reproduktion und durch Repression zu gewährleisten und aufrechtzuerhalten. Das Ganze erscheint wiederum noch komplexer, wenn wir berücksichtigen, dass der Staat wiederum von einer funktionierenden Wirtschaft z.B. aufgrund von Steuereinnahmen direkt abhängig ist usw.

Somit ist der Staat nicht einfach ein Instrument in der Hand einer kapitalistischen Klasse, welches entrissen und umgestaltet werden muss, sondern Sinn und Zweck des bürgerlichen Staates ist der Kapitalismus. Der moderne Staat ist mit dem Kapitalismus, mit der Verallgemeinerung eines gesellschaftlichen (statt vormals persönlichen) Ausbeutungsverhältnisses entstanden. So wie sich Vertragspartner\_innen auf dem Markt

scheinbar gleichberechtigt gegenüberstehen und freiwillig Ausbeutung vereinbaren, so tritt der Staat auch allen Bürger\_innen gleich gegenüber. Der bürgerliche Staat ist im Grunde die Verrechtlichung kapitalistischer Verhältnisse, ausgestattet mit einem Repressionsapparat, um diese bei Bedarf auch gewaltsam durchsetzen zu können. Und diese Verhältnisse werden notfalls mit allen Mitteln durchgesetzt; die Geschichte hat gezeigt, dass sich der Staat keines Krieges, keiner Diktatur und keines Massenmordes zu schade ist, um diese Verhältnisse zu sichern. Trotzdem ist es möglich, auf den Staat, seine Institutionen und die Gesellschaft Einfluss zu nehmen. Das ist der widersprüchliche und integrative Moment des Staates, mit dem er alle seine Staatsbürger\_innen innerhalb kapitalistischer Logik einbezieht. Somit ist es auch möglich, Veränderungen – sprich Verbesserungen – innerhalb eines sehr begrenzten Rahmens zu erreichen. Das ändert aber nichts am Grundcharakter bzw. an der Aufgabe des bürgerlichen Staates.

Das ist der Grund, warum ein parlamentarischer Weg nicht funktioniert und warum der bürgerliche Staat nicht übernommen werden kann. Mit dem Ende des Kapitalismus hat auch die Stunde seines Staates geschlagen! Denn der bürgerliche Staat ist nicht einfach ein Staat wie jeder andere, sondern die spezifische Ausgestaltung des Staates innerhalb kapitalistischer Verhältnisse.

## f) revolutionärer Bruch – was heisst das?

Dieser Punkt wird im Manifest bewusst offen gelassen. Wir sehen hier 2 wichtige Punkte:

### 1. Erstens Strukturen zu schaffen, die über die bestehenden Verhältnisse hinausweisen

D.h. kapitalistische Produktion und Reproduktion aufbrechen (z.B. den Verwertungs- und Akkumulationsprozess, die Verallgemeinerung des Tausches und des Geldes als allgemeines Tauschäquivalent, die Konkurrenz, die Eigentumsverhältnisse) und deren Ersetzung durch Organe der Selbstverwaltung von unten.

## **2. Emanzipatorische Überwindung des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Ökonomie sowie der rassistischen und patriarchalen Ausbeutungsverhältnisse**

Weder der Kapitalismus noch sein bürgerlicher Staat werden von alleine verschwinden. Die ins Wanken geratene kapitalistische Gesellschaft und der bürgerliche Staat müssen beseitigt, dem Kapitalismus der Todesstoß versetzt werden. Ab einem gewissen Punkt gesellschaftlicher Umwälzungen verliert der Kapitalismus mehr und mehr seine Existenzberechtigung. Die Beseitigung des Kapitalismus wird das Re-

sultat sich zuspitzender gesellschaftlicher Entwicklungen, aber auch konkreter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Kämpfe sein. Am Ende sind es Menschen, die innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse und Entwicklungen ihre Handlungsoptionen wahrnehmen und somit Geschichte schreiben. Die emanzipatorische Überwindung des bürgerlichen Staates und des Kapitalismus sowie der rassistischen und patriarchalen Ausbeutungsverhältnisse erscheint hier als eine bewußte Handlungsoption innerhalb eines revolutionären gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses.

## **6. Die weitere Perspektive eines kommunistischen Organisationsprojektes**

Das Scheitern des NAO-Prozesses ändert für uns nichts an der Notwendigkeit des Aufbaus einer kommunistischen Organisation. Die stattgefundenen Diskussionen sind für uns ein erster Schritt in diese Richtung und haben zur inhaltlichen Klärung beigetragen und wichtige Impulse gegeben. Es ist klar, dass das Projekt „kommunistische Organisation“ nicht ohne Widersprüche, nicht ohne auf und ab, nicht in einem einzigen Anlauf von statten gehen kann.

Die Gruppen, die sich entschieden haben, jenseits der NAO weiterzuarbeiten, befinden sich derzeit in gemeinsamen Diskussionen über das wie weiter. Für uns geht es nun

darum, die NAO-Diskussionen auszuwerten und mit allen interessierten Gruppen und Personen weiter an einer inhaltlichen Klärung zu arbeiten und eine konkrete politische Handlungsperspektive daraus zu entwickeln.

Unsere Diskussionen beschränken sich hierbei nicht auf das bisherige NAO-Spektrum, sondern wir sind auch in Kontakt mit weiteren revolutionären Gruppierungen und Personen. Im folgenden Jahr 2014 möchten wir z.B. mit Veranstaltungen an den Debatten der NAO und den mit uns in Kontakt stehenden Gruppierungen theoretisch wie praktisch anknüpfen.



***interkomm.so36.net***  
***internationale kommunistInnen***